

## **Nein zur Aargauischen Volksinitiative „Arbeit und Weiterbildung für alle!“**

**Auch wenn ich dem Grundanliegen der Initiative durchaus Verständnis entgegenbringe, da bei der Unterstützung von arbeitsmarktlichen Mass- und Integrationsmassnahmen eine Lücke besteht, so ist deren Umsetzung nicht praktikabel respektive in dieser Form nicht umsetzbar. Das Angebot eines breit aufgestellten Aus- und Weiterbildungs- resp. Umschulungsangebots sowie die Schaffung von Massnahmen- und Arbeitsplätzen für Arbeitslose wie es die Initiative fordert, ist in der Umsetzung äusserst schwierig wenn nicht gar unmöglich. Dabei liegen die Herausforderungen auch darin, dass der Staat nicht einfach so geeignete Stellen für Teilleistungsfähige schaffen und zur Verfügung stellen kann. Dies würde auch dazu führen, dass damit die Motivation und die Verantwortung der Privatwirtschaft zur Schaffung solcher Stellen schwinden würden. Auch erweist es sich in der Praxis als sehr komplexe und aufwendige Aufgabe, niedrigqualifizierte Personen oder Personen mit bildungsfernem Hintergrund zu einer Aus- und Weiterbildung überhaupt zu motivieren. Kommt dazu, dass die ausgelösten jährlichen Kosten von rund 46 Millionen Franken für den Kanton nicht bezahlbar sind. Diese Gelder müssten durch Einsparungen bei anderen staatlichen Leistungen aufgebracht werden. Es bleibt aber eine Tatsache, dass die Wirtschaft und die KMU- Betriebe ihre Pflicht zur entsprechenden sozialen Verantwortung vermehrt wahrnehmen und auch die RAVs verstärkt spezifisch für über 50-jährige Arbeitssuchende Vermittlungsgespräche respektive Reintegrationsarbeit betreiben müssen. Im Grossen Rat wurde die Initiative mit 102:24 Stimmen abgelehnt und ich bitte sie, diese Initiative ebenfalls abzulehnen.**

***Roland Agustoni, GLP- Grossrat, Rheinfelden***